Positionspapier: Wehrpflicht & Gesellschaftsjahr

Lage

Derzeit wird das neue Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG) in den Bundestag eingebracht. Dieses sieht nach derzeitigem Kenntnisstand vor, dass

- im Schwerpunkt auf Freiwilligkeit zum Dienst an der Waffe gesetzt wird,
- Männer ab dem Jahrgang 2008 einen Erfassungsbogen auszufüllen haben,
- ab 01.07.2027 zur Musterung müssen,
- Frauen und Diverse dies freiwillig tun,
- Wehrpflichtige, die Dienst tun, zum Soldat auf Zeit ernannt werden, und damit
    - besser vergütet werden,
    - einen Zuschuss bei der Erlangung der Fahrerlaubnis, Berufsförderung und bessere Versorgung erhalten,
- der Status FWDL nicht weitergeführt wird und
- die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundestages die Wehrpflicht auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls wieder aktivieren darf.

Beurteilung

Grundsätzlich ist das ein Schritt in die richtige Richtung, wird jedoch die Erfordernisse der Bundeswehr langfristig nicht erfüllen. Mittelfristig sollen 20.000–38.000 Wehrdienstleistende pro Jahr eingestellt werden. Auch im Punkt der Wehrgerechtigkeit in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter haben wir starke Vorbehalte.

Daher fordern wir

- ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, welches den Rahmen für eine Wehrpflicht schafft – wer den Dienst an der Waffe nicht will, kann den Ersatzdienst wählen und wird weder besser noch schlechter gestellt, ausgenommen sind (werdende) Mütter;
- dass verbindliche Meilensteine definiert werden und das Gesetz regelmäßig entlang der Meilensteine geprüft wird, § 2a im neuen Wehrpflichtgesetz (WPflG) muss folgerichtig genutzt werden, wenn diese gerissen werden – das muss ein Automatismus sein, kein Gegenstand erneuter Diskussionen;
- die Berücksichtigung jedes Bürger im wehrfähigen Alter ohne Ansehen des Geschlechts in der Wehrerfassung;
- dass zivil erlangte Schlüsselqualifikationen erfasst und bei der Einplanung berücksichtigt werden;
- die Anerkennung des Wehr- oder Gesellschaftsdienstes als Wartesemester oder Ausbildungszeit, damit junge Menschen keine Nachteile im Studium oder Berufseinstieg erleiden;
- die Veröffentlichung eines öffentlich zugänglichen jährlichen Wehrdienstlagebildes mit Zahlen zu Erfassung, Musterung, Einstellungen und Reservistenaufwuchs;
- alle zwei Jahre die Durchführung einer unabhängigen Evaluation des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes mit Bericht an den Bundestag und die Öffentlichkeit.

Mit Hinblick auf das Bundesland Sachsen fordern wir

- die Erweiterung bestehender bzw. Ansiedlung neuer Standorte mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern,
- die Ertüchtigung zugehöriger Eisenbahn- und Straßeninfrastruktur,
- bessere und vereinfachte Planungsverfahren für den Bau neuer Infrastruktur.

Begründung

Stärkung der Resilienz

Eine reine Berufsarmee ist für langanhaltende Konflikte zu klein. Wehrpflichtige sichern die Durchhaltefähigkeit, stellen eine Grundversorgung im Hinterland sicher und logistische Kapazitäten bereit und entlasten Berufs- und Zeitsoldaten. Die Situation in der Ukraine macht deutlich, dass ein Konflikt auf der Zeitachse nur mit gut ausgebildeten und ausgestatteten Reserven zu bestreiten ist. Die Wehrpflicht schafft eine verlässliche Reserve und macht Deutschland krisenfester.

Reservisten- und Fähigkeitenpool

Jeder Wehrpflichtige durchläuft eine Grundausbildung und eine truppengattungsspezifische Spezialgrundausbildung. Zivil erworbene Fähigkeiten in Technik, Sanitätswesen, Logistik oder Cyberabwehr müssen frühzeitig im Rahmen der Wehrerfassung miterfasst werden. Wehrpflichtige sollten nach Möglichkeit entlang ihres Fähigkeitsprofils eingeplant werden. So entsteht ein Fähigkeitenpool, der im Ernstfall schnell aktiviert werden kann – ein „strategisches Personal-Back-up“.

Wehrgerechtigkeit statt Ungleichheit

Das aktuelle Modell trifft nur die, die freiwillig unterschreiben. Eine allgemeine Pflicht stellt sicher, dass nicht nur sozial Schwächere oder besonders Motivierte dienen, sondern alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen einbezogen werden.

Gesellschaftsjahr als moderne Erweiterung

Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr bei Bundeswehr, THW, Pflege oder Katastrophenschutz verbindet Wehrpflichtgedanken mit gesellschaftlichem Nutzen. Junge Leute aus allen sozialen Schichten treffen aufeinander, erwerben Teamfähigkeit, Disziplin und demokratische Werte. Sie lernen Verantwortung und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt. Mit einer Pflichtlösung kann der Staat Personal zudem gezielt nach Bedarf lenken: für Bundeswehr, Katastrophenschutz, Pflege oder Zivilschutz. Eine Pflicht ermöglicht, dass ganze Jahrgänge

Grundfertigkeiten in Sanitätswesen, Katastrophenschutz, Technik oder Cyberabwehr erhalten. Freiwillige Modelle erreichen diese Breitenwirkung nicht.

Wehrgerechtigkeit und Einbindung beider Geschlechter

Um soziale Spannungen zu vermeiden, muss eine Pflichtlösung alle gleichermaßen betreffen. Ein flexibles Gesellschaftsjahr mit Wahlmöglichkeit zwischen militärischem und zivilem Dienst erhöht Akzeptanz und Gerechtigkeit. Ein allgemeines Pflichtjahr kann Männer und Frauen gleichermaßen einbeziehen – durch das neue, auf Freiwilligkeit beruhende Gesetz kann einer männlichen Dominanz kaum entgegengewirkt werden. Eine Pflicht fördert Gleichstellung und Akzeptanz.

Rüstung und Infrastruktur planbar machen

Mit einer wiederkehrenden Zahl an Rekruten können Ausbildungszentren, Kasernen und Ausrüstung systematisch ausgebaut werden. Die Wehrpflicht gibt Planungssicherheit für Industrie, Infrastruktur und Rüstungsbeschaffung. Es ist absehbar, dass nicht alles nebenläufig gleichzeitig bereitsteht. Kurzfristige Lösungen müssen schnell angegangen werden, um Kapazitäten schnell hochzufahren.

Signal an Partner und Gegner

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht unterstreicht gegenüber NATO-Partnern Deutschlands Verlässlichkeit. Gleichzeitig ist es ein klares Signal der Abschreckung an potenzielle Gegner, dass Deutschland fähig und bereit zur Verteidigung ist.

Strategische Souveränität Deutschlands

Eine wehrfähige, personell breite Bundeswehr ermöglicht eigenständiges Handeln – nicht nur als Bündnispartner, sondern auch in nationalen Krisenlagen (Naturkatastrophen, Pandemien, Cyberangriffe). Wehrpflicht ist ein Instrument der Selbstbestimmung.

Kosten-Nutzen-Perspektive

Zwar verursacht die Wehrpflicht Investitionen, aber diese stärken zugleich die Infrastruktur, die Verteidigungsindustrie und die gesellschaftliche Resilienz. Der volkswirtschaftliche Nutzen durch Fähigkeiten und Zusammenhalt überwiegt langfristig.